

Staat, hörst du mich?

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 23. November 2022 hat der Präsident der FEDE, die Frage aufgeworfen, ob dem Staatsrat überhaupt etwas an der Sozialpartnerschaft liegt. Didier Castella, der die Regierung im Jahr 2023 präsidieren wird und der an der Versammlung anwesend war, legte Wert darauf, die Delegierten diesbezüglich zu beruhigen. Er bekräftigte, dass der Dialog mit den Sozialpartnern dem Staatsrat wichtig sei.

Die FEDE möchte dem Staatsrat gerne Glauben schenken, doch wenn dieser Wille vom Staat nicht unter Beweis gestellt wird, wird sie sich gezwungen sehen, andere Mittel zu ergreifen, um sich Gehör zu verschaffen. Und zwei aktuelle Geschäfte lassen Zweifel an der Dialogbereitschaft des Staatsrats offen.

Leistungsprämie

In dieser Sache sind sich die von der Dachorganisation vertretenen Verbände seit längerer Zeit einig. In der Vernehmlassung haben sie erneut zum Ausdruck gebracht, dass sie keine Leistungsprämie möchten, da eine objektive und faire Gewährung dieser Prämien aus ihrer Sicht ganz einfach unmöglich ist.

Die FEDE befürchtet, dass solche Leistungsprämien nur die Arbeitsatmosphäre verschlechtern, indem der Druck auf das Personal steigt. Dies läuft dem erklärten Ziel der Personalverbände, die psychische Gesundheit des Personals zu fördern, entgegen.

Die Verbände sind auch gegen Kollektiv-Prämien und vertreten die Ansicht, dass über

andere Formen von Anreizen wie etwa Budgets für ein Teamessen nachgedacht werden sollte. Viele Einrichtungen haben keine Mittel für Geschenke oder besondere Aufmerksamkeiten für ihre Mitarbeitenden. Eine gemeinsame Aktivität stärkt zudem das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gruppe und den Zusammenhalt. Die Idee ist die Schaffung einer Art von Teamkultur durch eine Aktivität, welche die Identifikation mit der Gruppe fördert.

Resultat der Vernehmlassung: Unter dem Vorwand, ein vom Grossen Rat erteiltes Mandat zu erfüllen, wollen das POA und der Staatsrat die Prämien unbeirrt umsetzen. Der Staat behauptet, er habe seine eigene Vernehmlassung durchgeführt, doch es wurden nicht alle Dienste konsultiert und somit sind die Resultate der Vernehmlassung nicht zuverlässig.

Tiefe Löhne

Die FEDE und die Verbände hatten den Staat aufgefordert, sich im Rahmen der Neubewertung 2023 für die Angestellten mit tiefen Löhnen einzusetzen. Doch auch da: Trotz der angekündigten Erhöhungen wurde nichts gegen die tiefen Löhne unternommen.

Die FEDE wird weiter für die Erhöhung der Tiefelöhne kämpfen, denn es ist nicht anständig, den tiefstbezahlten Angestellten angesichts der stark sinkenden Kaufkraft keine Lösung anzubieten.

In Sachen Sicherheit und Gesundheitsschutz bewegt sich nichts

Alibikommissionen, konsequentes Ignorieren der Vorschläge der Verbände, fehlende Diskussionen – der Staatsrat hat nicht ganz verstanden, was eine Sozialpartnerschaft bedeutet. Die Lage ist ernst und das fehlende Verständnis sorgt dafür, dass zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leiden und mit einem ungunen Gefühl zur Arbeit gehen müssen.

Im letzten Juli wendete sich die FEDE an den Staatsrat und schlug ihm einen runden Tisch mit den Akteuren im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz im Kanton Freiburg vor. Die FEDE wiederholte diese Forderung in der Antwort auf die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz. Sie verlangte zudem, dass die Organisation des Gesundheitsschutzes innerhalb des Staates überarbeitet werde, insbesondere um eine vom Staat erlassene Verordnung umzusetzen, gemäss der die Kommission zur Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz und die MobV-Kommission spätestens am 31. Dezember 2017 fusionieren sollten.

Der Staatsrat liess sich nicht dazu herab, das Thema in seiner Sitzung mit den Sozialpartnern anzuschneiden. Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen! Doch die Politik misst mit zweierlei Mass. Wenn es darum geht, ein Gesetz umzusetzen, toleriert der Staatsrat keine Abweichung. Doch seine eigenen auf dem Verordnungsweg beschlossenen Verpflichtungen ignoriert er gerne einmal!

Der Gesetzgeber sieht vor, dass bestimmte Fragen paritätisch geklärt werden müssen. Das gilt für die Pensionskasse und auch für den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden.

Diese Dossiers behandelt der Staatsrat aber wie allen anderen. Er führt eine Vernehmlassung durch und entscheidet schliesslich, ohne dabei die Meinung der Personalvertreter*innen zu berücksichtigen oder wenn, dann höchstens am Rande.

Diese Situation darf so nicht fortbestehen. Die gebildeten Organe und Kommissionen verkommen zur Alibiübung. Die Unzufriedenheit der Personalvertreter*innen während der letzten Sitzung zwischen ihnen und dem Staatsrat war gross. Die Exekutive hat diese Diskussionsplattformen in reine Info-Meetings umgewandelt.

Zurück in die Vergangenheit?

Dieser echte Rückschritt erinnert an die Funktionsweise aus vergangenen Zeiten, vor 1994. Diese Funktionsweise hat damals – vergessen wir es nicht – zum bisher einzigen Streik des Freiburger Staatspersonals geführt.

Ist es wirklich das, was der Staatsrat will? Die FEDE macht sich grosse Sorgen in Bezug auf die Ignoranz der Exekutive der sozialpartnerschaftlichen Abläufe. Damit wird das Vertrauen des Personals in deren Vertreter*innen unterminiert und die Motivation der Angestellten weiter untergraben.

Und der letzte vor den Festtagen vom POA veröffentlichte Newsletter trägt auch nicht zu unserer Beruhigung bei. Die darin neben dem Teuerungsausgleich für 2023 erwähnten «Erfolge» sind nichts als heisse Luft.